



Einreicher_innen: Mitglieder des Kreisvorstandes und der Kreistagsfraktion DIE LINKE. Teltow-Fläming

Positionierung zum Antrag an die 4. Tagung des 4. Landesparteitages der LINKEN Brandenburg

Kommunale Selbstverwaltung stärken, öffentliche Daseinsvorsorge sichern, Zukunft gestalten

Die im Antrag formulierte Einschätzung zur Entwicklung des Landes Brandenburg trifft auch auf den Landkreis Teltow-Fläming zu. Die Leistungsfähigkeit der Städte und Gemeinden wird wesentlich von der Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Landkreis bestimmt. Mit Beschluss des Kreistages vom 27. April 2015 haben wir uns ausdrücklich für den Erhalt des Landkreises ausgesprochen und eine umfassende Funktionalreform der Landes- und Kreisverwaltungen gefordert. Bei der Aufgabenübertragung auf die kommunale Ebene ist in jedem Fall die vollständige Konnexität zu sichern. Auch künftig müssen Verwaltungsstrukturen so beschaffen sein, dass sie Bürgeranliegen unbürokratisch als effektiver Dienstleister erfüllen können.

Wir unterstützen und fordern:

- In der Öffentlichkeitsarbeit zum Leitbildentwurf sind wirksamer die kommunalpolitischen Auffassungen unserer Partei darzustellen. Die Konsequenzen aus dem gemeinsamen Regierungsentwurf erwecken den Eindruck, dass über Strukturen und Neugliederungen bereits am grünen Tisch (ohne Juniorpartner) entschieden wurde.
- Die Einschätzung zur bundesweiten Einmaligkeit des landesweiten Dialogprozesses widerspiegelt nicht das notwendige Meinungsbild der Wählerschaft. Dieses ist mit Fakten und Variantenvergleichen zu unseren Gunsten zu beeinflussen.
- Es ist unsere Erwartung, dass der angekündigte Reformkongress im Dezember 2015 verdeutlicht, dass die strukturellen Ursachen der kommunalen Finanzkrise mit der Umsetzung des Leitbildes nur teilweise gemindert werden. Der im Antrag formulierte finanzielle Wandel in Brandenburg ist überwiegend das Ergebnis der Bundespolitik und kann durch die Leitbildreformen nur teilweise kompensiert werden. Das Einsparungspotential der Reformumsetzung bleibt ohnehin gewagte Schätzgröße.
- Vor der Strukturreform muss die Funktionalreform stehen. Die klar geregelte Aufgabenverteilung ist Grundlage für neue Strukturen. Für die Bestimmung künftiger Kreissitze sind vor den Kreis- und Landtagswahlen Regelungen zu treffen.
- Die interkommunale Kooperation ist zu fördern und steht definitiv vor Zwangseingemeindungen. Es gilt die im Koalitionsvertrag zugesagte Freiwilligkeit von

Fusionen durch unsere Partei.

- Die Reduzierung der Mindesteinwohnerzahl für Landkreise auf 150 000 und die Senkung der Mindesteinwohnerzahl für Gemeinden auf 8 000 ist praktikabel und schließt Einzelfallprüfungen nicht aus.
- Mindestgrößen für Flächenausdehnungen festzulegen sind nicht realistisch und werden abgelehnt. Gleiches trifft für das Sektorialprinzip im Ergebnis einer Neustrukturierung zu.
- Die Ausübung von kommunalpolitischen Ehrenämtern darf nicht erschwert werden. Für die Mandatsträger, die Strukturen der Kreistage und seiner Gremien sind vorbereitende Strukturen zu schaffen.

Gez. Thier, Kreisvorsitzender

gez. Akuloff, Fraktionsvorsitzender

Luckenwalde, 03.11.2015